

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderats vom 07.05.2024

Bürgermeister Habakuk eröffnete den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung und sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die geladenen Gäste zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Gemeinderat Menzel stellte den Antrag, dass Tagesordnungspunkt 9 vertagt wird und heute kein Beschluss gefasst wird. Da dringender Diskussionsbedarf im Gremium und bei den Eltern bestehe.

Bürgermeister Habakuk sagte, dass die Abstimmung über den Antrag nach Aufrufung des Tagesordnungspunktes erfolge.

TOP 3 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Bürgermeister Habakuk rief den Tagesordnungspunkt 3 auf. Im nichtöffentlichen Teil wurde beschlossen, im Gewerbegebiet Maurer IV mit den Grundstückskäufen zu beginnen, mit allen Eigentümern, die ihre Mitwirkungsbereitschaft gezeigt haben.

TOP 4 Fortschreibung Lärmaktionsplan Stufe 4 Gemeinde Steinenbronn - Lärmneuberechnung

Bürgermeister Habakuk erklärte, dass es bereits einen Beschluss gab, dieser jedoch nicht umgesetzt wurde, da die Umsetzung aufgrund der damaligen Verfahrensrichtlinien keine Aussicht auf Erfolg hätte. Die Umsetzungsrichtlinien wurden inzwischen geändert. Mit dem Aufruf vom letzten Jahr im Mai wurde die Fortschreibung des Lärmaktionsplan direkt beauftragt. Die Beschlüsse haben sich jedoch nicht geändert.

Herr Wahl von der Firma Rapp AG stellte die Sitzungsvorlage anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gefragt, wie in etwa die Zeitschiene aussehe.

Herr Wahl sagte, dass dies von dem Termin mit dem Landratsamt abhängt. Mit einem halben Jahr ist in etwa zu rechnen.

Bürgermeister Habakuk ergänzte, dass das alte Verfahren über die untere Straßenverkehrsbehörde und danach über das Regierungspräsidium lief, jetzt nur noch über die untere Straßenverkehrsbehörde, was den Prozess beschleunige.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gefragt, was aus dem Zwischenkompromiss mit den 40 km/h geworden ist.

Herr Wahl antwortete, in der Realität verliere man nur wenige Sekunden bei 30 km/h. Jedoch muss man die krankmachende Belastung für die Anwohner beachten. Daher wird die 30 km/h dringend empfohlen.

Bürgermeister Habakuk sagte, dass der Beschlussvorschlag gleich sei, wie das letzte Mal, nun folgt die Beschlussfolge. Die 40 km/h kamen aus der Rückmeldung von der Beteiligung öffentlicher Träger und Belangen. Die 40 km/h kann man in den Gemeinderatsbeschluss reinnehmen. Zuvor erfolgt jedoch die Beteiligung öffentlicher Träger und Belange. Man muss jedoch zwischen dem ÖPNV und dem Gesundheitsschutz der Betroffenen abwägen.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass es nicht unwesentlich ist, zu welchen Zeiten die Straßen begutachtet werden. Teilweise kommt man kaum voran. Wichtiger wäre der dauerhaft stockender Verkehr am Fließen zu halten, da das ständige Anfahren auch Lärm macht. Die Busbucht an der Goldäcker Straße sollte dringend kommen.

Daraufhin folgte die getrennte Beschlussfassung:

1. Die Ergebnisse der Lärmberechnung werden durch den Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat spricht sich aus Lärmschutzgründen erneut für die folgenden Geschwindigkeitsbeschränkungen aus:

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

- L 1208: 50 km/h ganztags (anstatt 70 km/h) in Verlängerung der bereits bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkung bis Einmündung Ludwigstraße (L 1208)

Der Gemeinderat beschloss mehrheitlich:

- Schönaicher Straße (K 1051): 30 km/h ganztags aus Lärmschutzgründen (anstatt 50 km/h) zwischen dem Kreisverkehrsplatz im Osten („Solwiesen“-KVP) und dem westlichen Ortsein-/ausgang

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

3. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die Straßenverkehrsbehörde des Landratsamtes Böblingen zu kontaktieren, um mit dieser die erforderlichen Schritte für die Umsetzung der Geschwindigkeitsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen abzustimmen.

TOP 5 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Sindelfinger Straße / Hohewartstraße“ - Neuaufstellung -Sachstandsbericht

Herr Amiguet und Frau Hauenstein stellten die Sitzungsvorlage anhand von einer Präsentation vor.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gefragt, ab wie viel geschätzter Kinder ein Spielplatz eingeplant wird.

Herr Amiguet antwortete, dass Spielplätze eine kommunale Aufgabe seien. Der Gemeinderat kann dies als Entscheidungsträger aktiv einplanen. Die Spielplätze nach den Vorgaben der LBO sind oft nicht gut.

Bürgermeister Habakuk wies darauf hin, dass in der Hohewartstraße ein Spielplatz ist.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass die Rücksichtnahme auf den Naturschutz sehr wichtig sei, es jedoch sehr hohe Kosten für lediglich drei Häuser sind. Hier wurde die Frage gestellt, ob dies noch wirtschaftlich sei und man am Ende womöglich draufzahle.

Bürgermeister Habakuk sagte, die Kostentragung liegt beim Eigentümer.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

1. Die städtebaulichen Konzepte der Baldauf Architekten und Stadtplaner GmbH, Stuttgart vom 10.04.2024 für die Bereiche Baufelder A, B, C und D werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt auf dieser Grundlage nochmals Eigentümergespräche zu führen.
2. Der Gemeinderat beschließt, nach Zustimmung der betreffenden Grundstückseigentümer hinsichtlich der Kostentragung, vertiefte artenschutzrechtliche Untersuchungen entsprechend den Empfehlungen aus der artenschutzrechtlichen Relevanzprüfung der HPC AG vom 11.04.2024 durchführen zu lassen.
3. Der Gemeinderat nimmt die städtebaulichen Konzepte der Baldauf Architekten und Stadtplaner GmbH für die Erweiterungsflächen 1 und 2 vom 10.04.2024 zustimmend zur Kenntnis. Auf dieser Grundlage sind vertiefte städtebauliche Parameter zu ermitteln (Erschließungskosten, Planungskosten inkl. weiterer Verfahrensschritte etc.) und gegenüber zu stellen. Auf dieser Grundlage sind auch Kosten für den naturschutzrechtlichen Ausgleich zu ermitteln.

TOP 6 Kläranlage Gemeinde Steinenbronn - Vergabe der Elektrotechnik

Herr Gutmann von P B G – Planungsbüro Gutmann stellte die Sitzungsvorlage vor.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde darauf hingewiesen, dass die Kosten in Zukunft dann auf die Abwassergebühr umgelegt werden. Weiter wurde gefragt, auf wie viel Jahre das Update ausgelegt wird.

Herr Gutmann antwortete, dass dies in der Regel 20-30 Jahre auf dem Markt sei.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

1. Die Firma gross ELAN GmbH, Justus Liebig Straße 8 in 70794 Filderstadt wird mit der Durchführung des Umbaus der elektrischen Anlage auf der Kläranlage der Gemeinde Steinenbronn zu einer Vergabesumme von 1.202.473,79 € (brutto) beauftragt.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung die zusätzlichen Kosten in Höhe von 276.364,79 € bei der Haushaltsplanung 2025 zu berücksichtigen. Die Mittel sind beim Produktsachkonto 53.80.0000 – 78730000.016 für die kommenden Jahre einzuplanen.

TOP 7 Kanalsanierung Vaihinger Straße / Sonnenhalde - Vergabe der Kanalsanierungsarbeiten

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

Die Kanalsanierung der Haltungen von der Vaihinger Straße in die Sonnenhalde wird an die Firma Swietelsky-Faber GmbH Kanalsanierung, Hauptstraße 44 in 73061 Ebersbach mit einer Vergabesumme von 40.900,30 € brutto vergeben.

TOP 8 Kita Angelegenheiten - Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen - Anpassung der Gebühren

- Einführung einer Nachweispflicht für die Nachmittagsbetreuung
- Satzung über die Nutzung sowie die Gebühren der Kindertageseinrichtungen
- Personalplanung

Hauptamtsleiterin Schreiber und Frau Ostertag-Raith stellten die Sitzungsvorlage mit einer Präsentation vor.

Bürgermeister Habakuk begrüßte die zahlreichen Zuschauer. Der Verwaltung ist bekannt, dass die Belastung bei den Eltern, mit der Gebührenerhöhung, nicht immer einfach ist. Man muss kritisch erwähnen, dass die Leistungsversprechen bei der Kinderbetreuung durch Land und Bund gesetzlich in die Wege geleitet wurden. Die Kommunen und letztendlich die Eltern müssen zahlen. Die Kostendeckungsgrade und Kostenempfehlungen werden durch den Gemeindegtag und den kirchlichen Trägern für die Kommunen empfohlen. Dabei muss ein Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Eltern und der finanziellen Belastung für die Gemeinden gefunden werden. Der Gemeinderat hat die Verantwortung für die Bedürfnisse der Eltern aber eben auch für finanzielle Situation in der Gemeinde und für das Betreuungspersonal.

Jede Kritik die kommt, möge bitte sachlich bleiben, denn die heutigen Entscheidungen werden nicht willkürlich getroffen, sondern auf sachlicher Ebene. Er bat den Gemeinderat zudem um eine sachliche Diskussion.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gefragt, warum der Donnerstag nicht auch bis 16:00 Uhr geöffnet sei.

Hauptamtsleiterin Schreiber antwortete, dass im VSA vorberaten wurde Variante 1 und Variante 3 weiter zu betrachten. Aufgrund des Personalmangels können die aktuell 47,5 Stunden nicht erfüllt werden. Daher schlägt die Verwaltung vor die dritte Variante zu wählen um den Eltern eine Sicherheit gewährleisten zu können. Aus diesem Grund ist der Donnerstag in der neuen Öffnungszeitenplanung nicht bis 16:00 Uhr geöffnet.

Frau Ostertag-Raith ergänzte, dass die Vollzeitkräfte die Nachmittage abdecken müssen und wir hier aktuell nicht gut besetzt sind.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gefragt, ob der Bedarf der Eltern hier geprüft wurde. Zudem wurde gefragt, wie viele Kinder am Donnerstagnachmittag zwischen 14:00-16:00 Uhr betreut werden müssen.

Frau Ostertag-Raith antwortete, es handelt sich hier um ca. 15 Kinder bis 16:00 Uhr.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gefragt, ob dies mit dem Elternbeirat besprochen wurde.

Hauptamtsleiterin Schreiber antwortete, dass das Thema im VSA und auch im Kita-Ausschuss besprochen wurde, der Elternbeirat wurde hierzu eingeladen.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass man als Kommune die Pflicht hat und eben dann schauen muss wie man es schafft. Hier sollte erst die Bedarfsabfrage gemacht werden und dann kann man auf Grundlage dessen, etwas entwickeln und mit diesem Vorschlag in die Sitzung reingehen. Man kann nie alles abdecken, aber versuchen die breite Masse abzudecken.

Hauptamtsleiter Schreiber sagte, dass der Donnerstag und Freitag nicht abgefragt wurden. Wir wissen, dass der Bedarf für die Nachmittage besteht. Können dies aber grade mit dem vorhanden Personal nicht gewährleisten. Daher gibt es jetzt schon Kürzungen der Öffnungszeit.

Bürgermeister Habakuk sagte, der gesetzliche Anspruch gehe nicht bis 16:00 Uhr. Das ist eine freiwillige Leistung, was wir als Gemeinde anbieten und den Eltern ermöglichen wollen. Wenn jedoch kein Personal da ist, können wir dies nicht anbieten. Man kann die gewünschten Zeiten so aufnehmen. Es kann jedoch weiterhin zu kurzfristigen Betreuungszeitenkürzungen kommen. Es wurde eine Bedarfsabfrage im Kita-Ausschuss gemacht mit der Bitte, dass sich die Eltern melden. Es kamen nur vereinzelte Rückmeldungen.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass man auch dringend auf das Personal aufpassen muss das man hat und dass dieses nicht überstrapaziert wird. Das wirkt sich psychisch auf die Mitarbeiter aus. Es bringt nicht so lange Zeiten anzubieten, wenn man diese nicht abdecken kann.

Frau Schrade vom Elternbeirat sagte, dass die Elternbeiräte untereinander sprechen. Es gibt Einrichtungen, die von der Ganztagsbetreuung profitieren, andere nicht. In Sitzungen wurde über die Themen diskutiert und die Planungssicherheit für die Eltern ist wichtig. Der Elternbeirat hat auch in den Einrichtungen eine Abfrage gestartet. Für alle Beteiligten ist dies ein schwieriges Thema. Dafür gab es Sitzungen, wo man sich im Vorfeld zu Wort hätte melden können.

Frau Ostertag-Raith sagte, dass die gesetzlichen Betreuungszeiten 6 Stunden am Tag abdecken. In anderen Kommunen haben viele Einrichtungen nachmittags gar nicht mehr offen.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass man sich schwer tue, dies heute zu entscheiden. Es wurde gewünscht eine Entscheidung zu treffen, nachdem mit den Betroffenen geredet wurde. Die Zeiten erfährt man heute zwischen Tür und Angel.

Bürgermeister Habakuk erklärte, dass dieses Thema bereits im Kita-Ausschuss wie auch im VSA besprochen wurde.

Dies wurde von Seiten des Gemeinderates bestätigt.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde ergänzt, dass die Varianten 1 und 3 im VSA beschlossen wurden.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde der Antrag gestellt, dass über eine Öffnung am Donnerstag bis 15:00 Uhr abgestimmt wird.

Daraufhin folgte die Abstimmung über den Antrag:

Mit 2 Ja-Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Hauptamtsleiterin Schreiber führte die Präsentation fort.

Daraufhin folgte der Beschluss über die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages.

Der Gemeinderat hat mehrheitlich abgelehnt:

1. Der Gemeinderat stimmt den Öffnungszeiten der Variante 3 wie vorgeschlagen zu.

Bürgermeister Habakuk richtete die Frage an den Gemeinderat, welche Gebühren und welche Zeiten eingeplant werden sollen. Es folgen weitere Gebührenerhöhung, wenn wir mit dieser nicht mitgehen. Die weiteren 4 Beschlusspunkte wurden vertagt.

TOP 9 Anpassung der Betreuungsgebühren der Schulkindbetreuung
- Neukalkulation der Betreuungsgebühren
- Satzungsbeschluss Gebührensatzung für die Schulkindbetreuung der Gemeinde Steinenbronn

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde der Antrag gestellt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt nur die Sachdiskussion stattfinden soll, ohne Beschluss. Es gäbe im Gremium und bei den Eltern noch erheblichen Klärungsbedarf.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass der angekündigte Klärungsbedarf aus dem vorliegenden Antrag nicht weiter bestimmt wurde. Eventuell kann dieser bei der Sachdiskussion aufgeklärt werden. Mit dem Beschluss über den Antrag endet dann auch die Sachdiskussion.

Die Kritik, dass seit 2019 versäumt wurde, die Gebühren anzupassen ist berechtigt. Die Kostensteigerung durch Tarife und Unterhaltungskosten wurden nicht weiter übernommen und dies hat nun eine Kostenerhöhung die Folge. Der Ablauf war nicht ganz optimal, aber es muss eine Anpassung geben.

Herr Fedrow von Verwaltungsreform21 stellte die Sitzungsvorlage anhand einer Präsentation vor.

Bürgermeister Habakuk merkte zwischenzeitlich an, dass es schwierig sei, sich mit anderen Kommunen in diesem Bereich zur vergleichen. Es gibt viele unterschiedliche Betreuungsmodelle.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass es unglücklich sei, dass man 5 Jahre nichts gemacht hat und jetzt so einen Sprung machen muss. Jedoch muss man auch bedenken, dass wenn unser Haushalt nicht mehr genehmigt wird nur noch die Pflichtaufgaben ausgeführt werden. Die Kernzeitbetreuung gehört zu den freiwilligen Aufgaben und würde damit wegfallen.

Bürgermeister Habakuk sagte dazu, dass wir derzeit noch in einer ausreichenden finanziellen Position seien, jedoch mit einem steigenden Defizit.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass man sich wünschen würde, dass die Gebühren jedes Jahr betrachtet werden. Zudem wurde gesagt, dass man sich mit der Gebührenerhöhung schwertue, da die Verwaltung und der Gemeinderat geschlafen haben. Nun müssen die Eltern büßen. Eine schrittweise Erhöhung fände er fair.

Bürgermeister Habakuk sagte, der Empfehlungsbeschluss im VSA wurde mehrheitlich beschlossen. Der Prüfungsauftrag wurde nicht erteilt, denn der Empfehlungsbeschluss wurde nicht abgeändert.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass im VSA davon ausgegangen wurde, dass mit den Eltern geredet wurde. Jetzt ist es eine andere Sachlage, um eine Erhöhung kommt man nicht herum. Sie bittet um eine Prüfung der stufenweisen Erhöhung.

Daraufhin wurde über den Antrag von Gemeinderat Menzel abgestimmt:

Der Antrag von Gemeinderat Menzel wurde angenommen.

Die Beschlussfassung wurde in Folge dessen, vertragt.

TOP 10 Neufassung der Benutzungssatzung für die Schulkindbetreuung
- Satzungsbeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

TOP 11 Schaffung einer Stelle für die praxisintegrierte Ausbildung zum/zur Erzieher/in im Spatzennest

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

Ab 01.09.2024 wird in der Gemeindeverwaltung eine Stelle für die praxisintegrierte Ausbildung zum/zur Erzieher/in (m/w/d) für das Spatzennest geschaffen, die zum 31.08.2027 wieder entfällt.

TOP 12 Vorbereitung der Europa- und Kommunalwahl 2024 - Information über den Stand der Vorbereitungen - Kenntnisnahme

Hauptamtsleiter Bohn sagte, dass die amtliche Wahlbenachrichtigung seit gestern ausgetragen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sind noch nicht alle Stimmzettel geliefert. Die Stimmzettel der Regional- und Kreistagswahl fehlen noch. Sobald alle Stimmzettel vorrätig sind, können die Briefwahlunterlagen versendet werden.

Am 16.5.2024 findet die Veranstaltung „Politik und Pizza“ um 18:00 Uhr in der Sandäckerhalle Nebenraum statt. Alle Wahlberechtigten von 16-26 Jahren wurden angeschrieben und eingeladen. Es können jedoch alle interessierten Bürger kommen, nicht nur Jungwähler. Die Veranstaltung ist kostenlos.

TOP 13 Spendenbericht für das Jahr 2023

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

Der Gemeinderat nimmt den überarbeiteten Spendenbericht 2023 zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, den überarbeiteten Spendenbericht 2023 der Rechtsaufsichtsbehörde zu übersenden.

TOP 14 Annahme von Sachspenden

Bürgermeister Habakuk bedankte sich herzlich für die großzügige Spende.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

Die Sachspende wird angenommen.

TOP 15 Kreisweites Sirennetz-Konzept

Ordnungsamtsleiterin Klempau stellte die Sitzungsvorlage anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gesagt, dass die Sprachalarmierung sein muss, denn bei Notfällen muss schnell kommuniziert werden. Es wurde darum gebeten, den Stand der Technik einzuplanen.

Ordnungsamtsleiterin Klempau ergänzte, dass Menschen Probleme haben könnten, die Akustiksignale genau zu identifizieren. Über die Sprachalarmierung kann man genaue Handlungsanweisungen durchgeben.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig:

1. Der Gemeinderat beschließt den Aufbau eines gemeindeweiten Sirennetz mit Sprachdurchsage.
2. Die Verwaltung wird beauftragt das Landratsamt Böblingen mit Kauf, Installation und Anschluss der für die Gemeinde Steinenbronn erforderlichen Sirenen mit Sprachdurchsage auszuschreiben und zu vergeben. Basis bildet die beigefügte Kostenschätzung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Beschaffung und den Aufbau der Sirenen erforderlichen Finanzmittel in die künftigen Haushaltspläne einzustellen.
4. Sollten Bund oder Land kurzfristig Förderprogramme zur Einrichtung kommunaler Sirennetze auflegen, wird die Verwaltung beauftragt, einen Förderantrag zu stellen.

**TOP 16 Bebauungsplan "Gubser I"
- Ergebnisbericht der Umfrage**

Ortsbauamtsleiterin Fritsch stellte die Sitzungsvorlage vor.

**TOP 17 Antrag auf Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO)
Aufstockung des bestehenden Werkzeuglagers mit zwei Wohnungen und Anbau einer
Stahltreppe, Flst.-Nr. 422/1, Goethestraße 13 in 71144 Steinenbronn**

Ortsbauamtsleiterin Fritsch stellte die Sitzungsvorlage vor. Sie ergänzte, dass die Bebauungspläne nicht mehr vorhanden sind und diese damit nichtig sind. Daher wird hier nach dem Prinzip des Einfügens geprüft. Das Landratsamt und die Gemeinde teilen die Auffassung, dass sich das Vorhaben nicht einfügt.

Bürgermeister Habakuk sagte, dass wir die Entscheidung des Landratsamtes nicht beeinflussen können, wir können nur das gemeindliche Einvernehmen erteilen. Beim dem Prinzip des Einfügens, ist es schwierig das richtige Maß zu finden.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde die getrennte Beschlussfassung beantragt.

Daraufhin erfolgte die getrennte Beschlussfassung.

Der Gemeinderat hat mehrheitlich abgelehnt:

1. Das nach § 34 Abs. 1 i. V. m. § 36 BauGB erforderliche bauplanungsrechtliche Einvernehmen der Gemeinde bezüglich der beantragten Errichtung einer langen Gaube auf der Ostseite wird nicht erteilt.

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen:

2. Für den Fall, dass der Bauherr umplant, wird bereits heute das nach § 34 Abs. 1 i. V. m. § 36 BauGB erforderliche bauplanungsrechtliche Einvernehmen der Gemeinde bezüglich der Errichtung einer untergeordneten Gaube auf der Ostseite erteilt.

Der Gemeinderat hat mehrheitlich abgelehnt:

3. Das nach § 34 Abs. 1 i. V. m. § 36 BauGB erforderliche bauplanungsrechtliche Einvernehmen der Gemeinde bezüglich der Errichtung von Balkonen im OG und DG mit Überdachung in Form des fortgezogenen Satteldaches wird nicht erteilt.

TOP 18 Anfragen von Gemeinderäten

Gemeinderat Kißling fragte, warum am Bildweg eine Schranke aufgestellt wurde, zudem ohne Information an den Gemeinderat.

Bürgermeister Habakuk sagte, diese wurde aufgestellt zur Abgrenzung des ständigen Verkehrs in das Gewerbegebiet. Denn dieser Verkehr verlief auch über Privatgrundstücke, besonders von LKWs. Der Verwaltung ist bekannt, dass sowohl private Personen, wie auch Landwirt über die Privatgrundstücke fahren, es wird noch mal geprüft.

Gemeinderat Kißling ging auf einen Zeitungsartikel ein und sieht hier einen Verstoß durch den Wahlleiter gegen das Neutralitätsprinzip. Hier wurden manche Kandidaten erwähnt und herausgehoben und andere wiederum nicht.

Gemeinderat Sena sagte, dass wenn jemand nicht in den Gemeinderat kommt, müsste geklärt werden, ob dieser dann gegen die Wahl vorgehen kann, aufgrund diesen Artikels.

Gemeinderat Kißling sagte, dass, wenn ein Artikel erscheint, alle Kandidaten erwähnt werden sollten. Er fragte, was man dagegen tun kann.

Bürgermeister Habakuk sagte, dass dieser Pressebericht wurde von der Presse erstellt, genauso wie die namentlichen Erwähnungen. Es wird intern geprüft, welche Informationen an die Presse weitergegeben wurden. Alle Listen wurden der Presse zur Verfügung gestellt. Jedoch gilt die Pressefreiheit.

Gemeinderat Kißling fragte, warum der Artikel nicht gegengelesen wurde.

Bürgermeister Habakuk sagte, dass wir hier keine Handhabe haben und auch hier die Pressefreiheit gelte.

Gemeinderat Sena erwähnte, dass jedoch Zitate getätigt wurden.

Bürgermeister Habakuk bestätigte, dass dies intern geprüft werde und stimmte der Wichtigkeit des Neutralitätsprinzips zu. Er wies jedoch darauf hin, dass dennoch die Pressefreiheit gelte und kein Anspruch auf Kontrolle des Artikels bestehe.

Gemeinderätin Obst sagte, dass die Linde bei der Umgehungsstraße Einmündung Lindenstraße neuerdings sehr stark von Misteln befallen sei.

Gemeinderat Menzel sagte, dass am Wochenende eine Veranstaltung Bürgerhaus war. Hier sind viele Chöre und Leute von außerhalb angereist. Die Leute mit den Instrumenten haben in der Tiefgarage geparkt, jedoch sind sie nicht zum Ausgang zum Aufzug gekommen. Kann man diesen Ausgang wieder öffnen oder nur für die Veranstaltung öffnen?

Bürgermeister Habakuk sagte, dass wir das prüfen und nach einer Möglichkeit schauen.

Gemeinderat Menzel erwähnte zu dem, dass das Licht in der Tiefgarage den ganzen Tag über brenne und nicht sehr hell ist. Er bittet darum ein Angebot einzuholen für eine LED Beleuchtung mit Bewegungsmelder.

Bürgermeister Habakuk sagte, dass dies geprüft wird auch ob noch Gelder dafür im Haushalt zur Verfügung stehen.

Gemeinderat Menrad sagte, dass er mal wegen dem Waldenbucher Weg und Zollernweg nachgefragt hatte, aufgrund der offenen Straße. Der Schotter geht in den Kanal und verstopft diesen.

Ortsbauamtsleiterin Fritsch antwortete, dass dies zusammen mit dem Ordnungsamt geprüft wurde und es sich dabei um eine private Aufgrabung ohne Genehmigung handelte.

Gemeinderat Kißling fragte, ob es wieder einen GVD gibt. Er hat jemanden mit einem privaten PKW und einer Warnweste gesehen, der einen orangefarbenen Zettel an einem Auto gemacht hat.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass es zur Zeit keinen GVD gibt.

Er beantworte die Anfragen aus der letzten Gemeinderatssitzung. Die Gießkanne auf dem Friedhof sind nun da. Der Kostenvoranschlag für die Stuttgarter Straße für die reine Asphaltziehung liegt bei ca. 150.000 €. Die Gelder sind nicht im Haushalt eingeplant und daher auch nicht verfügbar. Diese können aber für das Jahr 2025 eingeplant werden.